



Trittscheid – ein Ort, an dem man nicht vorbeikommt, wenn man sich mit dem Thema wiederkehrende Beiträge beschäftigt.

Hier müssen 122 Einwohner Beiträge in der Höhe von 1,1 Millionen Euro stemmen.

Grund genug für den Europaabgeordneten Dr. Joachim Streit sich die Sorgen der Bürger aus erster Hand anzuhören.

✳ „So kann es nicht weitergehen!“ – Klare Worte beim Treffen mit Dr. Streit (FWG)

Am **17. Oktober 2025** hatte eine Abordnung des Vereins Nein zu Straßenausbaubeiträgen die große Ehre, den Europaabgeordneten **Dr. Streit (FWG)** in *Trittscheid* begrüßen zu dürfen. Eingeladen hatte die örtliche Bürgerinitiative – und viele Interessierte aus Trier Pfälzel, Goddert, Daun, Ormont und mehr sind ihrem Aufruf gefolgt.

Der Grund: Das Thema, das uns alle seit Jahren beschäftigt – **die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge** – lässt niemanden kalt.

Dr. Streit fand **klare und mutige Worte**: Die FWG lehnt diese Beiträge *komplett* ab. Für ihn – wie für uns – ist klar:



„Diese Abgabe ist ungerecht, unsozial und gehört abgeschafft – **endgültig!**“

Und er ist mit dieser Meinung nicht allein. Überall im Land kämpfen Bürgerinitiativen wie unsere für Gerechtigkeit – **und unser Treffen war ein starkes Signal der Einigkeit und Entschlossenheit.**



Echte Geschichten statt leerer Zahlen

In einer offenen Diskussionsrunde mit Dr. Streit kamen **echte Schicksale** zur Sprache. Menschen berichteten von massiven Belastungen, von Angst, Wut und Frustration.

Und doch war da auch etwas anderes spürbar: **Zusammenhalt, Mut und die Entschlossenheit, nicht mehr länger zu schweigen.**



Rundgang mit Schildern – ein stiller Protest, der Bände sprach

Beim anschließenden Rundgang durch Trittscheid stockte so manchem der Atem:

An vielen Häusern hatten Bewohner gut sichtbar **Schilder mit den konkreten Beitragssummen** angebracht.

● 80.000 Euro.

● 38.000 Euro

● 19.000 Euro.

● 12.000 Euro.

Zahlen, die schockieren. Zahlen, die **Existenzen bedrohen**. Und Zahlen, die zeigen:

⚠ *Hier läuft etwas grundlegend falsch.*

🔥 **Unser Antrieb: Wut, Gerechtigkeitssinn und der Wille zur Veränderung**

Dieses Treffen war kein gewöhnlicher Termin. Es war ein **Aufbruch**. Ein Zeichen. Und eine Mahnung an die Politik:

📦 **Im bevorstehenden Landtagswahlkampf werden wir dieses Thema auf den Tisch bringen. Laut. Hartnäckig. Und unübersehbar.**

Denn wir wissen:

- 👏 Wenn wir nicht kämpfen, wird sich nichts ändern.
- 💡 Aber wenn wir zusammenhalten, können wir Geschichte schreiben.

👉 **Bleiben Sie dran!**

Tragen Sie sich in unseren E-Mail-Verteiler ein – oder werden Sie selbst aktiv. Denn jede Stimme zählt. Jede Geschichte zählt.

Und jeder Schritt bringt uns der Gerechtigkeit ein Stück näher.

Für uns. Für unsere Kinder. Für ein gerechtes Rheinland-Pfalz.



Verein Nein zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen

Was wir mitgenommen haben:

- Immer mehr Ortsverbände formieren sich – jetzt gilt es, diese zu vereinen und gemeinsam aufzutreten
- Der Mieterschutzbund hat seine ursprüngliche Meinung revidiert und plädiert ebenfalls für die Abschaffung
- Die Rücklagen unseres Landes sind in den letzten 5 Jahren von 900 Millionen auf 3,5 Milliarden gewachsen – trotzdem soll der Bürger nicht entlastet werden.
- Es entsteht aktuell ein Kampf zwischen Stadt und Land, Grund dafür sind unterschiedlich große Abrechnungsgebiete und dadurch große Ungleichheiten bei den Beiträgen.

Aber auch:

Die Solidarität unter den Ortsverbänden ist stark und immer mehr Politiker setzen sich kritisch mit dem Thema wiederkehrende Beiträge auseinander. Mittlerweile vertreten nur noch die SPD und die Grünen die Ansicht, diese Beiträge seien sozial, gerecht und bewährt, die FDP befürwortet die Abschaffung, stimmt dann dennoch dagegen, CDU, die LINKE, BSW, freie Wähler Rheinland-Pfalz und AFD sind für eine Abschaffung.



Stadt vs. Land...

Es wurde oben schon erwähnt. Immer mehr zeichnet sich eine Kluft zwischen Stadt und Land ab. Geschuldet ist das den unterschiedlich großen Abrechnungsgebieten und der Einwohnerzahl.

Beispiel:

Mainz 2024, 227000 Einwohner zahlen Beiträge in Höhe von 1,6 Millionen Euro

Trittscheid 2024, 122 Einwohner zahlen Beiträge in Höhe von 1,1 Millionen Euro.

Als Verein sind wir auch häufig in den sozialen Medien unterwegs. Wir betreiben einen Facebook- und einen Instagramkanal. Dadurch sehen wir auch viele Beiträge von anderen Betroffenen zu diesem Thema und erleben oft, wie sehr wKB polarisiert.

Für uns ist es immer wieder erstaunlich, wie uninformiert manche Menschen sind. Solche Kommentare sind keine Seltenheit:

- Dann nimm doch einen Kredit auf...
- Du kannst dir das doch Stunden lassen...
- Wer solls den sonst bezahlen...?
- Ich zahl ja nur 350 Euro im Jahr, das ist doch ok...
- Warum kaufst du dir dann erst ein Haus, wenn du es dir nicht leisten kannst...

Ganz ehrlich? Bei solchen Aussagen fällt es schwer den Blutdruck unter Kontrolle zu halten. Wie bei vielen anderen Themen im Leben auch, geben meist diejenigen gute Ratschläge, welche gar nicht im vollen Ausmaß betroffen sind. Dann tu doch Dies oder Das und schon ist die Welt wieder rosa?

Wenn's so einfach wäre.

Stellen sie sich vor, sie sind 72 Jahre alt, Geburtsjahrgang 1953. Sie sind im Nachkriegsdeutschland aufgewachsen. Zwischen Wohnungsnot und Wirtschaftswunder haben sie sich Werte erarbeitet. Das Eigenheim spiegelt die harte Arbeit der vergangenen Jahre wider. Obwohl die Rente klein ist, ist es ihnen gelungen sich ein finanzielles Polster für das Alter zur Seite zu legen. Falls das Dach mal undicht wird oder eine neue Heizung benötigt wird, oder einfach der altersgerechte Umbau unumgänglich wird.

Und dann flattert eine Rechnung ins Haus: 42000 Euro Straßenausbaubeitrag, zahlbar in 4 Wochen, keine Verschonung und der Beitrag ist WIEDERKEHREND. Nächste Straße, neue Rechnung.

Nimm dir doch einen Kredit, lass den Betrag doch Stunden

Eine Stundung und ein Kredit ist bei einer kleinen Rente nicht möglich, aber da ist - nein war - ja das Polster für das Alter...

Stellen sie sich vor, sie haben gerade mit ihrer Familie das Eigenheim bezogen. Bauen ist heutzutage eine Herausforderung, die man sich gut überlegen muss. Grundstücke sind rar, die Baukosten sind in den letzten Jahren explodiert und die Nebenkosten verteuern das Ganze nicht unerheblich. Sie haben diesen Schritt gewagt. Die Kinder sind mittlerweile in Kindergarten bzw. Schule, ihre Frau hat angefangen wieder halbtags zu arbeiten und es ist noch ein wenig Luft, falls das Auto kaputt gehen sollte oder ein anderweitiger Notfall eintritt.

Und dann flattert eine Rechnung ins Haus: 42000 Euro Straßenausbaubeitrag, zahlbar in 4 Wochen, keine Verschonung und der Beitrag ist WIEDERKEHREND.

Warum kaufst du dir auch ein Haus, wenn du nicht das Geld hast, um die Rechnungen dafür zu zahlen?

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge sind nicht kalkulierbar. Wie viele Straßen saniert werden (müssen), legt die Gemeinde fest. Für junge Familien bedeutet das oft, das Kredite aufgestockt werden müssen und Polster für Notfälle wegfallen. Im schlimmsten Fall ist das Eigenheim schneller wieder weg, als es da war.

Wir könnten hier endlos weitere Beispiele aufführen und ich bin sicher unsere Mitglieder haben dazu auch viel zu sagen. Uns ärgern die Arroganz und der Egoismus mit dem manche Menschen diesem Thema begegnen.

Dieses „Was willst du denn, ist doch alles toll“, das bei einigen Aussagen mitschwingt. „Eigentum verpflichtet“ – wozu? Steuern zu leisten UND unkalkulierbare Abgaben akzeptieren zu müssen? Eingriffe in die Lebensplanung zu dulden, den finanziellen Ruin in Kauf nehmen zu müssen?

Die oben aufgeführten Beispiele sind fiktiv, aber nicht unrealistisch. **Uns erreichen Nachrichten von Mitgliedern, welche so verzweifelt sind, dass sie psychologische Hilfe benötigen. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, um sich ihr Zuhause leisten zu können und denen man jetzt ins Gesicht spuckt und nachträglich zu verstehen gibt, dass ihre Leistung nicht genug war. Diese Menschen stehen vor einem Abgrund. Wo gestern noch eine Lebensplanung war, ist heute ein schwarzes Loch.**

Das ist nicht übertrieben und auch nicht erfunden. Dagegen stehen Andere, welche nicht so schwer Betroffen sind und werfen mit Ratschlägen wie „Nehm doch einen Kredit auf“ oder Aussagen wie „Warum kaufst du dann erst ein Haus“, um sich. Wann ist Empathielosigkeit modern geworden?

Und welches Bild servieren wir hier unserer nachfolgenden Generation? Lern schön fleißig, arbeite viel, bemühe dich, dann erntest du auch den Lohn dafür? Ich glaube, die heutige Generation hat längst erkannt, dass man ihnen damit eine Mogelpackung unterjubeln möchte. Die Renten sind unsicher, das Eigenheim als Altersvorsorge ist unter solchen Bedingungen auch keine Option mehr. Wen wundert es, dass sich viele diesem System mittlerweile verweigern.

Nein, wir können nicht alle Probleme dieses Landes lösen, aber es liegt an uns zu entscheiden, ob wir weiterhin nur jammern und schimpfen wollen, oder ob wir gemeinsam aufstehen und der Landesregierung zeigen, dass eine Änderung dieses Gesetzes längst überfällig ist. **Diese Beiträge sind niemals sozial oder gerecht, solange es Menschen gibt, die an ihnen verzweifeln.**

Die Schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespülte Gerechtigkeit.

(Platon)